



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/2189, 19/3094

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV: Entbürokratisierung an Schulen

Der Landtag begrüßt die Entbürokratisierungsaktion der Staatsregierung, die darauf abzielt, gemeinsam mit den in Schule und Schulaufsicht Tätigen Möglichkeiten für bürokratische Entlastungen im Schulbereich zu ermitteln und umzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass auch die Schulleitungen vor Ort zuvorderst eingebunden sind.

Die Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, dem Landtag zu berichten und dabei insbesondere folgende Punkte in den Blick zu nehmen:

- Die Position der Schulleitung ist zu stärken, vor allem in einer guten Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht (Schulämter, Regierungen, Dienststellen der Ministerialbeauftragten). Der Grundsatz muss hier lauten: Was die Schulen bzw. die Schulleitungen vor Ort selbst entscheiden können, das sollen sie auch entscheiden. Vermeidbare bürokratische Abstimmungen sind zu vermeiden.
- Den Schulen ist eine größere Freiheit bei der Gestaltung von Leistungsnachweisen zu gewähren. Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Schulversuch Prüfungskultur innovativ berücksichtigt werden.
- Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultus über die bislang erfolgte Verschlankung des Formularwesens zu berichten und aufzuzeigen, inwieweit weitere Entlastungen der Schulen und der Schulverwaltung erreicht werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident